

Die Einwohnerzahl Baden-Württembergs wird wohl in den kommenden Jahrzehnten weiter ansteigen

Methodik und Ergebnisse der neuen Bevölkerungsvorausberechnung für den Südwesten

Marcel Böhm, Werner Brachat-Schwarz

Dipl.-Volkswirt Werner Brachat-Schwarz ist Leiter des Referats „Bevölkerung, Gesundheit, Rechtspflege, Insolvenzen“ im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Marcel Böhm B. A. ist Sachgebietsleiter im selben Referat.

Bevölkerungsvorausberechnungen bedürfen der laufenden Anpassung und Aktualisierung. Dies gilt vor allem dann, wenn sich die Datenbasis und/oder die Trends der die Bevölkerungsentwicklung bestimmenden Faktoren gravierend geändert haben. Für die momentane Situation trifft beides zu: Zum einen wurde durch den im Jahr 2022 durchgeführten Zensus die Bevölkerungsfortschreibung zur Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen auf eine neue Basis gestellt; zum anderen hat sich vor allem auch das Wanderungsgeschehen seit dem Jahr 2022 aufgrund des Zustroms von Schutzsuchenden aus der Ukraine erheblich verändert.

Mit welcher demografischen Entwicklung ist künftig im Südwesten zu rechnen? Um dies abzuschätzen, wurde eine neue Bevölkerungsvorausberechnung für Baden-Württemberg auf Basis der „neuen“ Einwohnerzahlen zum 31.12.2023 erstellt, die seit Dezember 2024 verfügbar sind. Der hierfür gewählte Ansatz sowie ausgewählte Ergebnisse werden in diesem Beitrag vorgestellt. Demnach könnte die Einwohnerzahl des Landes bis zum Jahr 2060 auf 11,8 Millionen (Mio.) ansteigen; ein weiteres zentrales Ergebnis dieser Vorausberechnung ist, dass sich der Alterungsprozess der Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten nur noch deutlich abgeschwächt fortsetzen dürfte.

Für Bevölkerungsvorausberechnungen sind Annahmen zur Geburtenhäufigkeit, zur Lebenserwartung und zum Wanderungsgeschehen zu treffen (vgl. *i-Punkt*). Für eine Abschätzung der künftigen Entwicklung dieser Komponenten waren die Rahmenbedingungen allerdings selten so schwierig wie zuletzt. Denn zusätzlich zu der Frage, wie sich die Zuwanderung – abhängig beispielsweise von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in wichtigen Herkunftsländern, von der Einwanderungspolitik Deutschlands und der Europäischen Union und nicht zuletzt von der künftigen Attraktivität Baden-Württembergs als Industriestandort – weiterentwickeln wird, war insbesondere auch noch offen, ob die Coronapandemie längerfristige Auswirkungen auf die Lebenserwartung haben wird.

Blick zurück: Das Wanderungsgeschehen seit 1990

Besonders große Unsicherheiten bestehen im Hinblick auf die künftige Entwicklung des Migrationsgeschehens, da sich dieses auch innerhalb weniger Jahre erheblich ändern kann. *Schaubild 1* belegt dies für die vergangenen Jahrzehnte: 1990, im Jahr der Wiedervereinigung, erzielte Baden-Württemberg mit rund 182.000 Personen den bisher höchsten Wanderungsgewinn seit Bestehen des Landes. Etwa ein Fünftel dieses positiven Saldos entfiel auf Gewinne gegenüber dem übrigen Bundesgebiet und vor allem gegenüber den neuen Bundesländern, vier Fünftel gegenüber dem Ausland. Innerhalb von lediglich 4 Jahren ging dann der Wanderungssaldo gegenüber dem Ausland auf nur noch ein Fünftel des Jahres 1990 zurück; gegenüber dem übrigen Bundesgebiet wurde er bereits 1993 sogar negativ.

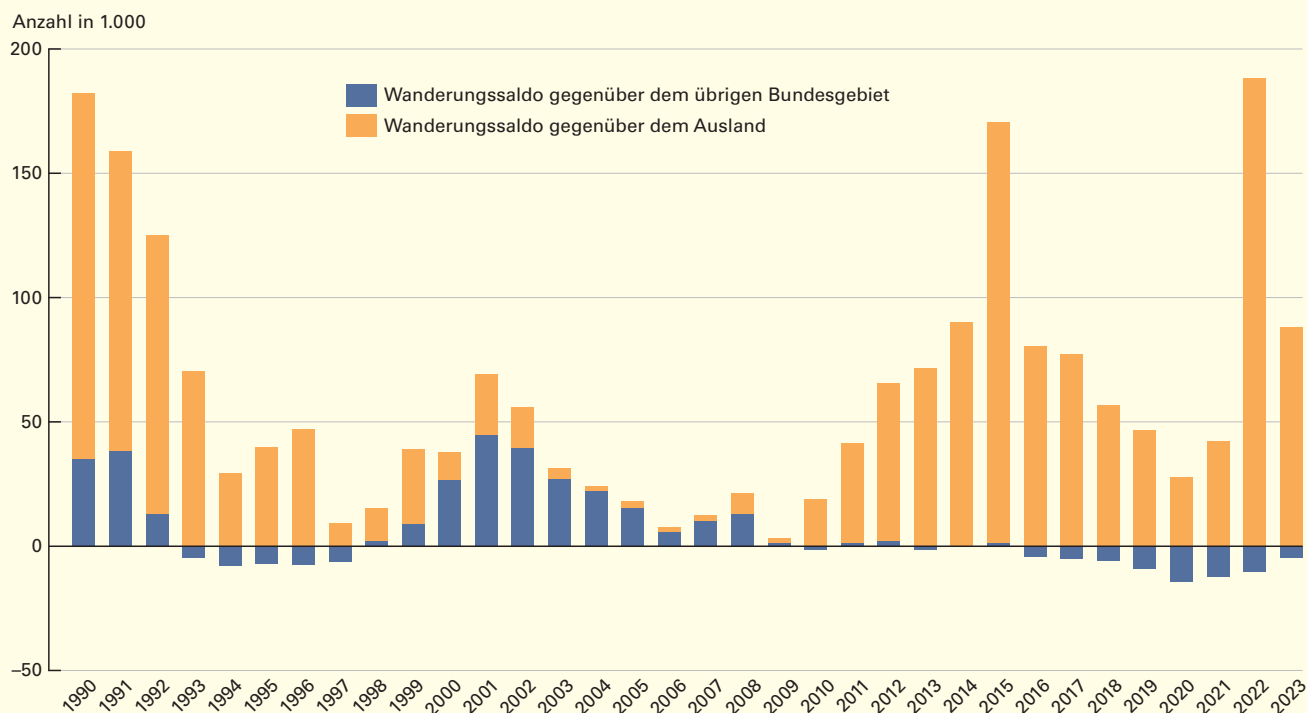
Um die Jahrtausendwende konnte der Südwesten aufgrund einer erneut hohen Zuwanderung vor allem aus den neuen Bundesländern¹ vorübergehend wieder etwas höhere Wanderungsgewinne erzielen. In den Jahren 2008 und 2009 lag dann aber der positive Wanderungssaldo nur noch bei ca. 4.000 bzw. 3.000 Personen,² um dann in den Folgejahren erneut und zwar vor allem gegenüber Staaten der Europäischen Union³ und aufgrund der Flüchtlingskrise stetig anzusteigen. Nach dem Jahr 2015 sanken die Wanderungsgewinne abermals deutlich ab; sie waren im Jahr 2020 – vor allem coronabedingt – so niedrig wie seit 2009 nicht mehr. Einem nur noch moderaten Wanderungsgewinn gegenüber dem Ausland von knapp 28.000 Personen stand dabei ein vergleichsweise deutlicher Wanderungsverlust von rund 14.000 Personen gegenüber dem übrigen Bundesgebiet entgegen.

Eine erneute, deutliche Änderung im Wanderungsgeschehen fand im Jahr 2022 statt: Aufgrund der starken Zuwanderung von Schutzsuchenden aus der Ukraine lag damals der Wanderungssaldo bei +178.000 Personen; er war damit seit Bestehen des Landes nur im Jahr 1990 etwas höher. Zwar fiel der

- 1 Brachat-Schwarz, Werner: Wanderungen von Ost nach West – und wieder zurück? Zum Wanderungsgeschehen zwischen Baden-Württemberg und den neuen Bundesländern, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2015, S. 3 ff.
- 2 Die Ergebnisse für diese beiden Jahre sowie auch für 2010 und 2011 sind allerdings nur eingeschränkt aussagekräftig, da diese zahlreiche Melderegisterbereinigungen enthalten, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt wurden.
- 3 Brachat-Schwarz, Werner: Baden-Württembergs Wanderungsverflechtung mit der Europäischen Union – Zu den Gründen der unterschiedlich hohen Zuwanderung aus den einzelnen EU-Staaten, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 3/2016, S. 9 ff.

S1

Wanderungssaldo Baden-Württembergs gegenüber dem übrigen Bundesgebiet und dem Ausland in den Jahren 1990 bis 2023



Datenquelle: Wanderungsstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

104 25

Wanderungsgewinn im Jahr 2023 mit knapp 84.000 deutlich geringer aus als im Rekordjahr 2022; er lag aber dennoch über den Ergebnissen der Jahre 2016 bis 2021. Die Wanderungsgewinne im Jahr 2023 resultierten – wie auch bereits in den Jahren zuvor – ausschließlich gegenüber dem Ausland.⁴

Einwohnerzahl im Südwesten könnte noch jahrzehntelang ansteigen

Vor diesem Hintergrund eines im Zeitablauf stark schwankenden Migrationsgeschehens wurden drei Vorausberechnungsvarianten erstellt, die sich vor allem hinsichtlich der getroffenen Wanderungsannahmen unterscheiden (vgl. *i-Punkt*). Nach der sogenannten Hauptvariante, für die eine Zuwanderung unterstellt wurde, die dem langjährigen Durchschnitt entspricht, könnte die Einwohnerzahl des Landes bis zum Jahr 2060 um annähernd 570.000 auf dann 11,80 Mio. ansteigen (*Schaubild 2*).⁵ Zwar wird sich das Geburtendefizit – also weniger Geburten als Sterbefälle – in den kommenden Jahrzehnten aufgrund der Altersstruktur der Bevölkerung zunehmend vergrößern; dennoch läge der jährliche Wan-

derungsgewinn auch noch zum Ende des Vorausberechnungszeitraums höher als das jeweilige Geburtendefizit.

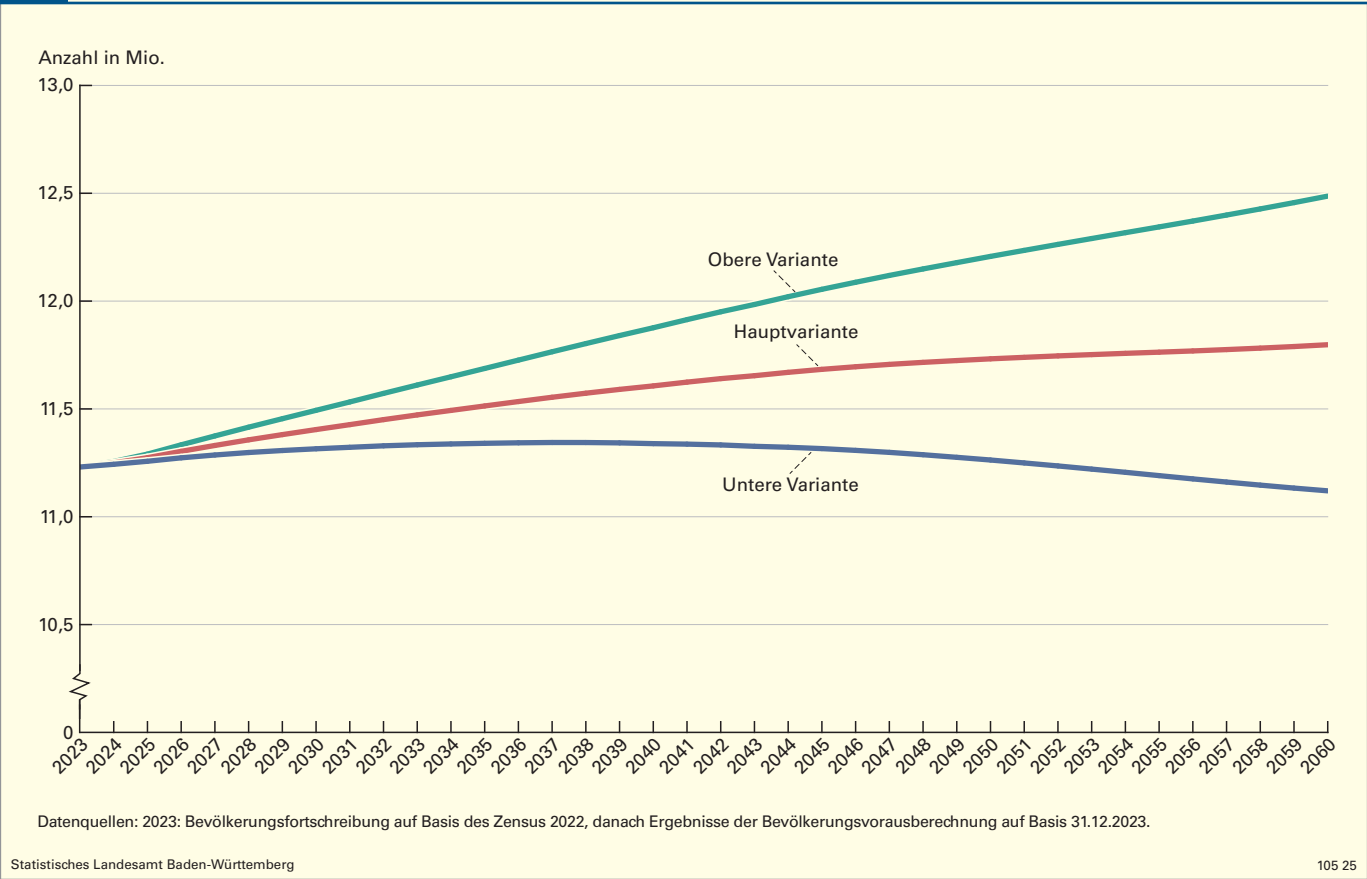
Nach der Unteren Variante, die von deutlich geringeren Wanderungsgewinnen ausgeht (vgl. *i-Punkt*), würde die Bevölkerungszahl ab dem Jahr 2038 sinken, weil der unterstellte Wanderungsgewinn das Geburtendefizit ab diesem Jahr nicht mehr kompensieren kann. Im Jahr 2060 könnte die Einwohnerzahl um rund 110.000 Personen unter dem Niveau des Basisjahres 2023 liegen (*Tabelle*). Dagegen würde die Einwohnerzahl nach der Oberen Variante in den kommenden Jahrzehnten deutlich ansteigen. Baden-Württemberg hätte dann im Jahr 2060 etwa 12,49 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner und damit immerhin knapp 1,26 Mio. mehr als Ende 2023.

Die Ergebnisunterschiede zwischen der Unteren bzw. der Oberen Variante gegenüber der Hauptvariante resultieren zum einen aus den unterschiedlichen Annahmen zum Wanderungssaldo. Im gesamten Vorausberechnungszeitraum sind dies ca. +/-450.000 Personen. Zum anderen wird die Geborenenzahl nach der Unteren bzw. der Oberen

⁴ Binder, Sascha u. a.: Weniger Geburten, schwächere Zuwanderung und „neue“ Einwohnerzahlen – Ausgewählte Ergebnisse zur aktuellen Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2024, S. 4.

⁵ Die Autoren danken Herrn Ingolf Girrba, der die umfangreichen Berechnungen mit dem Prognosemodell SIKURS durchgeführt hat.

S2 Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg bis 2060



Variante um immerhin ca. +/-260.000 von derjenigen der Hauptvariante abweichen. Diese Unterschiede sind einerseits darauf zurückzuführen, dass höhere bzw. geringere Wanderungsgewinne auch zu höheren bzw. geringeren Geborenenzahlen führen; andererseits wurden diese Effekte durch die unterstellten unterschiedlichen Geburtenraten noch verstärkt (vgl. *i-Punkt*). Dagegen sind die Abweichungen bei den Sterbefällen

nach der Oberen bzw. Unteren Variante gegenüber der Hauptvariante relativ gering (ca. +/-30.000).

Zahl der Älteren nimmt nach 2030 nur noch moderat zu

Mindestens ebenso bedeutsam wie die Entwicklung der Einwohnerzahl sind die Verän-

T Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2060

Jahr	Bevölkerung insgesamt			Darunter im Alter von 65 und mehr Jahren			Durchschnittsalter		
	Untere Variante	Hauptvariante	Obere Variante	Untere Variante	Hauptvariante	Obere Variante	Untere Variante	Hauptvariante	Obere Variante
	1.000			%			Jahre		
2023	11.231	11.231	11.231	21,2	21,2	21,2	43,9	43,9	43,9
2030	11.315	11.404	11.494	24,0	23,8	23,6	44,7	44,6	44,5
2040	11.339	11.607	11.876	25,7	25,2	24,8	45,7	45,4	45,1
2050	11.263	11.732	12.207	26,1	25,3	24,6	46,3	45,8	45,3
2060	11.120	11.798	12.487	26,5	25,5	24,7	46,5	45,8	45,2

Datenquellen: 2023: Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2022, danach Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung auf Basis 31.12.2023.



Zu den Annahmen der Bevölkerungsvorausberechnung auf Basis 31.12.2023

Für Bevölkerungsvorausberechnungen müssen insbesondere Annahmen zur Geburtenhäufigkeit, zur Lebenserwartung und zum Wanderungsgeschehen getroffen werden. Diese Vorgaben werden üblicherweise auf der Basis der aktuellen Entwicklungen dieser Parameter festgelegt, es sei denn, es sind aufgrund besonderer Ereignisse „Strukturbrüche“ zu erwarten.

1. Geburtenhäufigkeit

Die durchschnittliche Kinderzahl der baden-württembergischen Frauen ist zwischen den Jahren 2010 und 2016 von 1,38 auf 1,59 angestiegen und verharrte in den Folgejahren in etwa auf diesem Niveau. Im Jahr 2021 stieg sie dann sogar auf 1,63 an und lag damit so hoch wie seit 5 Jahrzehnten nicht mehr; 2022 und 2023 ist sie dann wieder deutlich und zuletzt auf 1,44 gesunken. Die Gründe für diesen Rückgang in den letzten beiden Jahren sind wohl vielfältig. Mitentscheidend dürfte gewesen sein, dass sich zuletzt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wieder verschlechtert hat, weil der zunehmende Personalmangel bei Erzieherinnen und Erziehern zu Einschränkungen bei der Betreuung von Kindern in Kitas geführt hat.¹ Auch finanzielle Aspekte wie die in den letzten Jahren gestiegenen Wohnungskosten könnten zu einem Rückgang beigetragen haben. Schließlich dürften die zunehmenden gesellschaftlichen Krisensituationen (insbesondere die Coronapandemie, Krieg in der Ukraine sowie die Klimakrise) dazu geführt haben, dass Paare ihren Kinderwunsch seltener realisiert haben.

Welcher künftige Trend ist bei der Geburtenhäufigkeit zu erwarten? Die Entwicklung seit dem Jahr 2010 hat gezeigt, dass dann, wenn die Rahmenbedingungen für Paare günstiger geworden sind (Stichwort: Vereinbarkeit von Beruf und Familie), die durchschnittliche Kinderzahl steigt und umgekehrt. Aus heutiger Sicht zeichnet sich diesbezüglich keine (erneute) Verbesserung ab, sodass für die kommenden Jahre (allenfalls) die Geburtenrate des Jahres 2023 zu erwarten sein dürfte, zumal auch diese über dem langjährigen Durchschnitt lag. Bei der Hauptvariante wurden deshalb die altersspezifischen Geburtenraten des Jahres 2023 für den gesamten Vorausberechnungszeitraum unterstellt.

Bei der Unteren Variante, für die eine geringere Zuwanderung angenommen wurde, wurde eine mittelfristig leicht sinkende Kinderzahl je Frau unterstellt. Geringere Zuwanderung bedeutet nämlich, dass auch weniger ausländische Frauen mit einer im Schnitt höheren Geburtenhäufigkeit verglichen mit der der deutschen Frauen zuziehen. Konkret wurde deshalb eine lineare Absenkung der altersspezifischen Geburtenhäufigkeiten des Jahres 2023 um 5 % bis zum Jahr 2040 und für die Folgejahre eine Konstanz dieser Werte unterstellt.

Bei der Oberen Variante, für die eine stärkere Zuwanderung angenommen wurde, wurde entsprechend eine mittelfristig leicht steigende Geburtenhäufigkeit unterstellt. Konkret wurde ein linearer Anstieg der altersspezifischen Geburtenhäufigkeiten des Jahres 2023 um 5 % zum Jahr 2040 vorgenommen; anschließend wurde eine Konstanz dieser Werte unterstellt.

2. Lebenserwartung

Die Lebenserwartung der baden-württembergischen Bevölkerung, die bundesweit bereits seit Jahrzehnten am höchsten ist, ist bereits vor der Pandemie kaum mehr angestiegen. Ob sich die Lebenserwartung aufgrund des medizinischen Fortschritts (Stichwort: „Künstliche Intelligenz“) künftig wieder stärker erhöhen wird, ist derzeit offen.

Im Hinblick auf die Festlegung eines Trends war außerdem problematisch, dass die Sterblichkeit während der Pandemie vorübergehend höher lag und deshalb nicht als geeignete Basis für einen künftigen Trend angesehen wurde. Aus diesem Grund wurde für die Absenkung der Sterberaten im Vorausberechnungszeitraum 2023 bis 2060 ein Umfang unterstellt, der der beobachteten Veränderung im deutlich kürzeren Zeitraum zwischen dem Jahr 2000 und dem letzten „Vor-Corona-Jahr“ 2019 entspricht, sodass der jährliche Rückgang der Sterblichkeit gegenüber dem Stützzeitraum in etwa halbiert wird. Die Lebenserwartung würde dann bis zum Jahr 2060 um etwa 2 Jahre bei den Frauen und um knapp 3 Jahre bei den Männern ansteigen.

3. Migration

Die Wanderungsgewinne Baden-Württembergs unterlagen in den vergangenen Jahrzehnten extremen Schwankungen. Es gab

Jahre, in denen die Wanderungsgewinne bei jeweils über 100.000 Personen lagen; seit der Jahrtausendwende war dies in den Jahren 2015 und 2022 der Fall. Diese wurden von Jahren abgelöst, in denen der positive Wanderungssaldo weniger als 5.000 Personen betrug; seit dem Jahr 2000 waren dies die Jahre 2006, 2008 und 2009.

Ursächlich für hohe Wanderungsgewinne in der Vergangenheit waren unter anderem eine temporär starke Zuwanderung aus den neuen Bundesländern oder ein kriegs- oder krisenbedingter starker Zustrom von Schutzsuchenden aus einzelnen Herkunftsregionen wie Jugoslawien in den 1990er-Jahren, Syrien Mitte der 2010er-Jahre und zuletzt aus der Ukraine; relativ gering waren dagegen die Wanderungsgewinne insbesondere während der Pandemie aufgrund der damals eingeschränkten Freizügigkeit.

Grundsätzlich sind die mittel- und langfristigen Tendenzen beim Wanderungsgeschehen von einer Vielzahl von Einflussfaktoren abhängig. Hierbei sind aus der Sicht eines Bundeslandes vor allem folgende Wanderungsströme zu beachten:

1. Zu- und Fortzüge von Schutzsuchenden.
2. Die Zu- und Fortzüge aus anderen/in andere EU-Staaten, deren Staatsangehörige Freizügigkeit genießen.
3. Zu- und Fortzüge gegenüber anderen europäischen Staaten.
4. Die Wanderungsverflechtung mit dem übrigen Bundesgebiet.

Ganz entscheidend für das künftige Niveau bei den Wanderungsströmen sind erfahrungsgemäß vor allem die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bzw. deren Perspektiven. Konkret: Wie wird sich die baden-württembergische Wirtschaft im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet und zu anderen Staaten entwickeln? Welche Rolle spielt die in Baden-Württemberg sehr bedeutsame Autoindustrie? Wie wird die Politik dem sich abzeichnenden Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials entgegenwirken?

Was die Schutzsuchenden betrifft, ist die wohl entscheidende Frage, ob sich die EU-Flüchtlingspolitik ändern und möglicherweise restriktiver wird; außerdem ist bedeutsam, wann der Krieg in der Ukraine endet und wie viele der ukrainischen Staatsangehörigen in ihre Heimat zurückkehren werden. Schwierig abzuschätzen ist auch, wie viele Syrerinnen und Syrer nach dem Sturz

Assads nach Syrien fortziehen werden. Schließlich könnten zumindest langfristig auch so genannte „Klimaflüchtlinge“ eine größere Rolle für das Migrationsgeschehen spielen.

Von konkreten Entwicklungen und Perspektiven abgesehen, ist für die Festlegung der Annahmen zum künftigen Wanderungsgeschehen sicherlich eine Orientierung an der Vergangenheit hilfreich. Und diesbezüglich hat sich gezeigt, dass sich trotz der erheblichen jährlichen Schwankungen für unterschiedliche langjährige Betrachtungszeiträume jeweils ähnliche Ergebnisse ergaben: Der durchschnittliche jährliche Wanderungsgewinn lag seit Gründung des Landes Baden-Württemberg bei 56.700 Personen; im Zeitraum 1980 bis 2023 waren es 53.300 Personen und in den Jahren 2000 bis 2023 rund 52.200 Personen.

Vor diesem Hintergrund wurde für die Hauptvariante eine Orientierung am langfristigen Durchschnitt vorgenommen; die Untere und die Obere Variante bilden den zu erwartenden Korridor um diesen langfristigen Trend. Konkret wurden folgende Wanderungssalden für die drei Varianten vorgegeben:

Hauptvariante:

Für diese Variante wurde der durchschnittliche positive Wanderungssaldo der vergangenen Jahrzehnte zugrunde gelegt (jährlich rund 55.000 Personen). Dieser (langfristige) Ansatz impliziert vor allem, dass die Zuwanderung aus Europa ein ähnliches Niveau wie vor der Pandemie erreichen, aber nicht weiter ansteigen wird. Gegen eine verstärkte Zuwanderung aus der EU spricht nämlich, dass deren Bevölkerung ebenfalls älter wird und deshalb die Wanderungsaktivität eher sinken wird. Zum anderen wird davon ausgegangen, dass die Zahl der Schutzsuchenden nicht (deutlich) ansteigen wird. Der gesamte Wanderungsgewinn bis zum Jahr 2060 läge bei Zugrundelegung dieser Annahmen bei etwas mehr als 2,0 Mio. Personen.

Untere Variante

Bei dieser Variante sollte vor allem stärker berücksichtigt werden, dass in den Staaten Ost- und Südeuropas in den kommenden Jahren immer weniger Menschen im „wanderungsaktiven Alter“ leben werden, da die Bevölkerung in diesen Staaten schnell altert. Dadurch könnte dort das Abwande-

rungepotenzial sinken, da die jungen Menschen auf dem einheimischen Arbeitsmarkt gebraucht werden. Ein sinkendes Abwanderungspotenzial in den Herkunftsländern könnte sich auch daraus ergeben, dass beispielsweise südosteuropäische und osteuropäische Staaten im Laufe der Jahre und Jahrzehnte gegenüber Westeuropa wirtschaftlich schrittweise aufholen und dadurch der Auswanderungsdruck geringer wird. Zumindest langfristig erscheint dies möglich, wenn die EU dem Anspruch gleicher Lebensverhältnisse zumindest etwas näherkommen sollte. Außerdem impliziert diese Variante, dass per saldo ein nicht unerheblicher Teil der ukrainischen und auch der syrischen Staatsangehörigen in ihre Heimat zurückkehren wird. Angenommen wird zudem, dass eine restriktivere Flüchtlingsspolitik in der EU und in Deutschland die Zuzugszahlen reduziert und dass einzelne Jahre mit besonders hohen Zuzugszahlen von Geflüchteten wie 2015 oder 2022 im Vorausberechnungszeitraum nicht oder nur in geringerem Ausmaß auftreten.

Schließlich wurde für diese Variante angenommen, dass die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergseher ungünstig verläuft, da bei der Transformation der Autoindustrie hin zur Elektromobilität sehr viele Arbeitsplätze wegfallen könnten. Außerdem könnte es weiterhin zu einer nennenswerten Abwanderung in andere Bundesländer aufgrund der im Südwesten sehr

hohen Lebenshaltungskosten kommen, weil in anderen Bundesländern häufig mit gleichem Gehalt und niedrigeren Lebenshaltungskosten (insbesondere Mieten) ein gleich hoher oder sogar höherer Lebensstandard möglich ist.

Für diese Variante wurde ein jährlicher Wanderungsgewinn von ca. 42.000 Personen unterstellt, sodass dieser bis zum Jahr 2060 insgesamt knapp 1,6 Mio. Personen betragen wird.

Obere Variante:

Bei dieser Variante wird der Fokus vor allem darauf gerichtet, dass Baden-Württemberg künftig verstärkt auf Zuwanderung setzen wird, da in den kommenden Jahren stark besetzte Jahrgänge aus dem Erwerbsalter ausscheiden werden. Diese Variante impliziert außerdem, dass sich der Südwesten wirtschaftlich eher günstig entwickeln und deshalb für Arbeitssuchende vor allem aus den EU-Staaten attraktiv bleiben wird. Des Weiteren könnte es sein, dass die Zahl der Flüchtlinge auch aufgrund des Klimawandels („Klimaflüchtlinge“) wieder ansteigen wird.

Für diese Variante wurde angenommen, dass die Wanderungsgewinne jährlich bei ca. 66.000 Personen und damit deutlich höher als im langjährigen Durchschnitt liegen werden. Bis zum Jahr 2060 läge der gesamte Wanderungsgewinn dann bei annähernd 2,5 Mio. Personen.

¹ Nicht auszuschließen ist jedoch, dass die zuletzt geringere Geburtenrate dazu führt, dass sich die Betreuungssituation mittelfristig wieder verbessert; vgl. bspw. Maxwill, Peter/Olbrisch, Miriam: Das Ende der Rasselbande, in: Spiegel, Nr. 3 vom 11.01.2025, S. 34 ff.

derungen in der Altersgliederung der Bevölkerung. Denn die Besetzungstärken der einzelnen Altersjahrgänge wirken sich auf nahezu alle Gesellschaftsbereiche aus, sei es im Kinderbetreuungs- und im Bildungsbereich, sei es für den Arbeitsmarkt oder für die Rentenversicherungssysteme.

In demografischer Hinsicht gab es im Jahr 2013 in Baden-Württemberg eine Zäsur: Erstmals lebten seit Bestehen des Landes etwas mehr 65-Jährige und Ältere als unter 20-Jährige im Südwesten. Heute zählen in Baden-Württemberg nur noch 19 % zu den Jüngeren, aber bereits 21 % zu den Älteren (*Schaubild 3*). Und dieser zahlenmäßige Unterschied zwischen Jung und Alt wird aus heutiger Sicht zunächst noch etwas größer werden. Der Anteil der un-

ter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung könnte um das Jahr 2040 auf 18 % zurückgehen.⁶ Gleichzeitig dürfte sich der Bevölkerungsanteil der 65-Jährigen und Älteren bereits in wenigen Jahren um 3 Prozentpunkte auf 24 % erhöhen, weil die geburtenstarken Jahrgänge, die sogenannten „Babyboomer“, auch weiterhin verstärkt in diese Altersgruppe aufrücken. Danach wird der Anteil der Älteren allerdings nur noch geringfügig ansteigen.

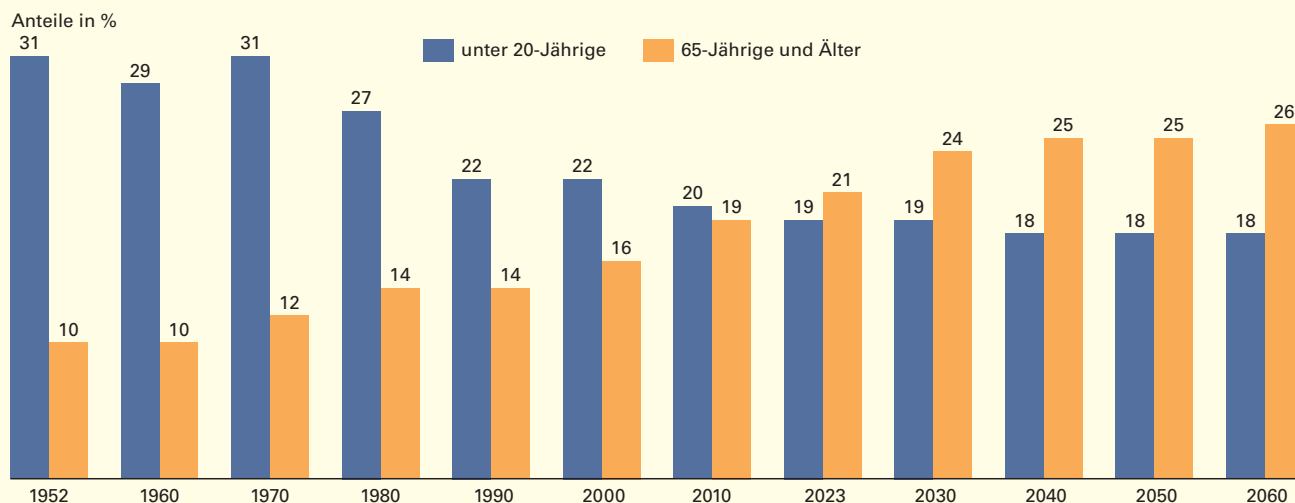
Überdurchschnittliche Zunahme der Zahl hochbetagter Menschen

Für sozial- und speziell altenpolitische Planungen ist es von besonderer Bedeutung, dass künftig die Zahl älterer und vor allem

⁶ Sofern nichts anderes angegeben wird, beziehen sich die folgenden Angaben auf die Ergebnisse der Hauptvariante.

S3

Entwicklung des Anteils der jüngeren und der älteren Bevölkerung in Baden-Württemberg 1952 bis 2060



Datenquellen: Bis 2023 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung, ab 2030 Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung auf Basis 31.12.2023 (Hauptvariante).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

106 25

7 Pflegerisiko nach Altersgruppen und Geschlecht: https://www.statistik-bw.de/SozSi/cherung/Pflege/Pflege_05.jsp?path=/Gesundheit/BehindPflegebeuerft/ (Abruf: 20.02.2025).

hochbetagter Menschen weiter zunehmen wird. Immer mehr Frauen und Männer erreichen ein hohes Alter. Waren 1952, dem Gründungsjahr des Südweststaats, lediglich rund 18.000 Einwohnerinnen und Einwohner mindestens 85 Jahre alt, sind es derzeit annähernd 370.000 (Schaubild 4). Bis zum Jahr 2050 könnte sich deren Zahl um rund zwei Drittel vergrößern. Es gäbe dann mehr als 600.000 Hochbetagte in Baden-Württemberg. Da es sich hierbei um eine Bevölkerungs-

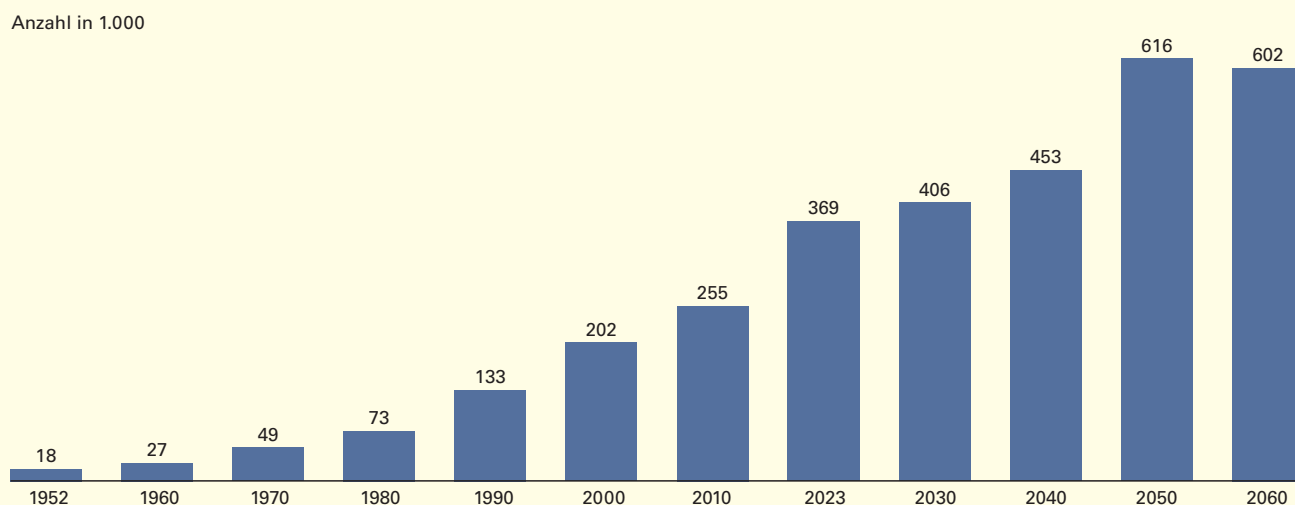
gruppe mit einem hohen Pflegerisiko⁷ handelt, dürfte künftig auch die Zahl der Pflegebedürftigen erheblich ansteigen.

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter könnte nur vorübergehend sinken

Die Bevölkerungszahl im erwerbsfähigen Alter wird in den kommenden 10 Jahren entsprechend der Hauptvariante etwas zurückgehen;

S4

Entwicklung der Zahl der Hochbetagten ab 85 Jahren in Baden-Württemberg 1952 bis 2060



Datenquellen: Bis 2023 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung, ab 2030 Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung auf Basis 31.12.2023 (Hauptvariante).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

107 25

danach ist allerdings in den darauf folgenden 10 Jahren wieder ein leichter Anstieg zu erwarten, ohne allerdings das Niveau des Jahres 2023 wieder zu erreichen (*Schaubild 5*).

Dabei dürfte sich das Erwerbspersonenpotenzial etwas positiver als die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter entwickeln, das sich die Zahl älterer Menschen, die erwerbstätig sein werden, noch erhöhen könnte.^{8, 9}

Herausforderungen für die Rentenversicherungssysteme

Die steigende Zahl älterer Menschen im Südwesten in Relation zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird nicht zuletzt für die Rentenversicherungssysteme weitere Herausforderungen mit sich bringen. Derzeit kommen 36 Personen im Alter von 65 und mehr Jahren auf 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren. Noch 1990 gab es dagegen lediglich 22 Ältere je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter. Bereits bis zum Jahr 2030, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der frühen 1960er-Jahre („Babyboomer“) überwiegend aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sein werden, könnte dieser sogenannte Altenquotient auf 42 ansteigen. Ab 2040 wird sich an dieser Relation allerdings kaum mehr etwas ändern (*Schaubild 6*).

Diese Berechnungen zeigen, welche Herausforderungen aufgrund der demografischen Entwicklung vor allem in den kommenden

Jahren auf die Rentenversicherung zukommen werden. Wenn die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer-Generation ein höheres Alter erreichen, wird auch die Finanzierung der Pflegeversicherung zunehmend schwieriger. Zudem dürften in einer alternden Gesellschaft die Beitragssätze von Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden für die gesetzliche Krankenversicherung weiter ansteigen.

Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt nur noch moderat an

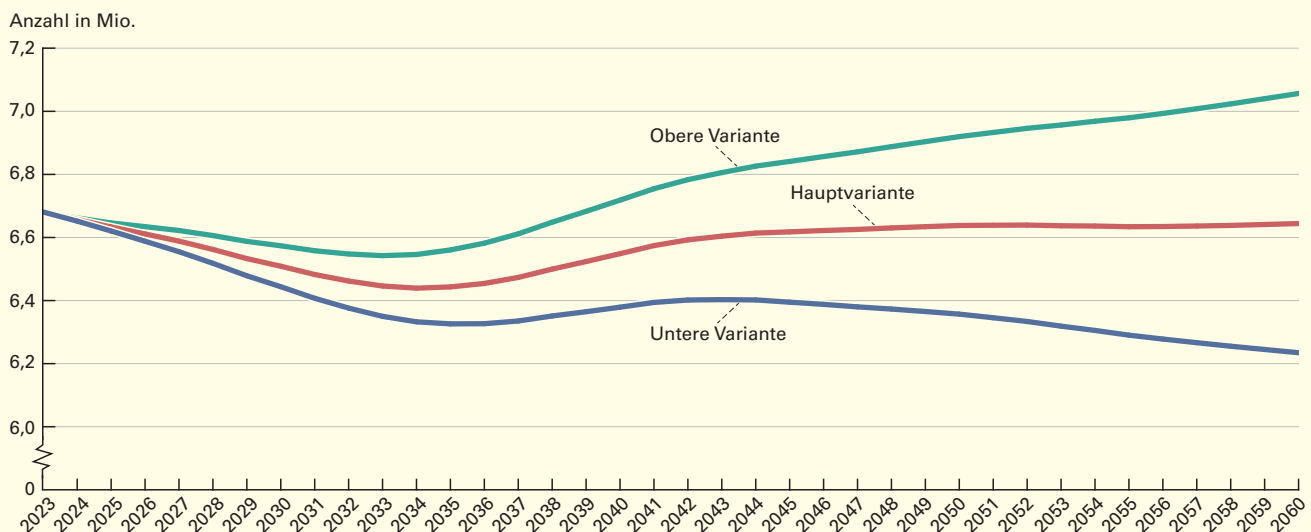
Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass künftig immer mehr ältere Menschen im Land leben werden. Und diese Entwicklung ist bereits heute „vorprogrammiert“, weil die geburtenstarken Jahrgänge aus den 1960er-Jahren insbesondere in diesem Jahrzehnt in die Altersphase der 60-Jährigen und Älteren „hineinwachsen“; dadurch wird sich auch das Durchschnittsalter der Bevölkerung weiter erhöhen – wenn auch deutlich moderater als in der Vergangenheit. Dieses ist seit der Gründung des Landes Baden-Württemberg im Jahr 1952 bis zum Jahr 2020 um annähernd 9 Jahre gestiegen – von knapp 35 Jahre auf fast 44 Jahre. Bis zum Jahr 2050 ist bei der Hauptvariante mit einem weiteren Anstieg des Durchschnittsalters nur noch um rund 2 Jahre auf dann knapp 46 Jahre zu rechnen; danach wird sich diese Kenngröße nicht mehr weiter erhöhen. Bei der Unteren Variante, bei der geringere Wanderungsgewinne unterstellt

8 Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 06.09.2024: Immer mehr ältere Menschen erwerbstätig, https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Arbeitsmarkt/Arbeiten_Rente.html (Abruf: 20.02.2025).

9 Immer mehr Menschen erreichen bei guter Gesundheit ein hohes Alter und sind nicht nur deshalb, weil das Renteneintrittsalter in Deutschland schrittweise auf 67 Jahre erhöht wird, „aus freien Stücken“ bereit, länger am Erwerbsleben teilzunehmen. Allerdings könnte die Erwerbsbeteiligung älterer Personen auch deshalb weiter ansteigen, weil wegen einer zu geringen Rente hinzuverdient werden muss.

S5

Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und unter 65 Jahren in Baden-Württemberg bis 2060

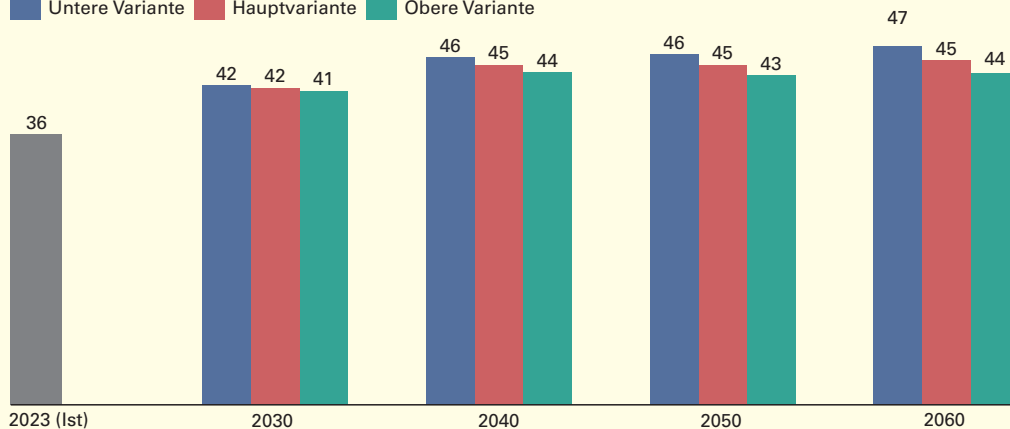


Datenquellen: 2023: Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2022, danach Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung auf Basis 31.12.2023.

S6 Entwicklung des Altenquotienten in Baden-Württemberg bis 2060

Auf 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren kommen ... im Alter von 65 und mehr Jahren

■ Untere Variante ■ Hauptvariante ■ Obere Variante



Datenquellen: 2023: Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2022, ab 2030 Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung auf Basis 31.12.2023.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

109 25

wurden, wird die Alterung etwas stärker, bei deutlich höheren Wanderungsgewinnen entsprechend der Oberen Variante etwas schwächer ausfallen (*Tabelle*).

Fazit: Möglichkeiten und Grenzen von Vorausberechnungen

Aus heutiger Sicht spricht vieles dafür, dass die Einwohnerzahl Baden-Württembergs auch künftig ansteigen wird – sogar zunächst auch dann, wenn die Wanderungsgewinne entsprechend der Unteren Variante niedriger als im langjährigen Durchschnitt ausfallen sollten. Daneben ist ein weiteres zentrales Ergebnis der neuen Vorausberechnung, dass sich die Alterung der baden-württembergischen Bevölkerung aller Voraussicht nach zwar fortsetzen wird, allerdings in einem deutlich verringerten Tempo. Entscheidend hierfür war und ist die starke Zuwanderung vor allem von jungen Menschen in den vergangenen Jahren.

Allerdings gilt selbstverständlich, dass niemand eine verlässliche Prognose abgeben kann, wie viele Menschen im kommenden Jahr, geschweige denn im Jahr 2060 in Baden-Württemberg wirklich leben werden und wie genau deren Altersstruktur aussehen wird. Aber es können Aussagen darüber getroffen werden, wie sich die Bevölkerung unter der Zugrundelegung bestimmter Annahmen zur künftigen Geburtenrate, zur Lebenserwartung und zum Migrationsgeschehen entwickeln wird.

Schließlich gilt es Folgendes zu bedenken: Auch wenn die Güte von Vorausberechnungen in der Öffentlichkeit überwiegend daran gemessen wird, inwieweit die prognostizierten Ergebnisse mit den tatsächlichen übereinstimmen, ist dies nicht der richtige Maßstab. Vorausberechnungen können und sollen „nur“ zeigen, welches Ergebnis unter der Vorgabe bestimmter Annahmen zu erwarten ist. Es handelt sich also um „Wenn – Dann“-Aussagen. Dabei ist die Festlegung der einzelnen Parameter – also insbesondere der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung und des Wanderungsverhaltens – anhand von Annahmen zu treffen, die zum Startzeitpunkt der Vorausberechnung als wahrscheinlich für die Zukunft gelten können. Bevölkerungsvorausberechnungen dürfen deshalb nicht als „Vorhersagen“ missverstanden werden. Vielmehr haben Vorausberechnungen ihre Aufgabe dann erfüllt, wenn sie die Basis für Annahmen und Planungen der Entscheidungsträger beisteuern, mögliche (Fehl-)Entwicklungen aufzeigen und so die Unsicherheit über die Zukunft verringern helfen. Dagegen dürfen Lösungen von ihnen nicht erwartet werden.¹⁰ ■

10 Walla, Wolfgang: Wozu in die Zukunft schauen, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 7/2004, S. 54 ff.